Redebeitrag zur Kundgebung am 13.10.23 gegen Terror und Gewalt

Niemand scheint damit gerechnet zu haben, dass Bewaffnete der Hamas in großer Zahl und mit vielen automatischen Waffen vom Gaza-Streifen auf israelisches Territorium eindringen und wahllos Menschen erschießen und verletzen, wovon viele Zivilisten waren, die völlig unbewaffnet waren. Wir waren besonders erschüttert, dass diese Terroristen Menschen, die gerade ein friedliches Musikfestival feiern, angreifen. Dann haben wir die schrecklichen Information erhalten, dass Feiernde auch noch verschleppt und als Geiseln genommen wurden. Und dann, dass die Terroristen Dörfer angegriffen und wahllos Frauen, Männer, Kinder, getötet wurden, die zum Teil schon gefesselt waren, Menschen in ihren Häusern eingesperrt haben, diese Häuser verschlossen und dann angezündet haben, so dass die Menschen bei lebendigem Leib verbrannt sind. Diese Brutalität ist nur vergleichbar mit den Untaten des sogenannten IS und den Untaten der Nationalsozialisten, die in deutschem Namen verübt worden sind. Die erstaunlich vielen Raketen auf das israelische Territorium töteten und verletzten auch unterschiedslos die in Israel wohnenden Menschen, von denen etwa jeder Sechste ein Moslem ist. Diese Untaten sind Terror um des Terrors willen und kein Krieg mit einem Rest von Regeln. Die Hamas hat das Ziel der Zerstörung des Staates Israel und die Vertreibung oder Ermordung alle Juden, die dort leben. Für den heutigen 13.10. ruft die Hamas ihre Unterstützer dazu auf, dass sie Menschen jüdischen Glaubens weltweit angreifen und töten sollen. Das ist unerträglich und es ist zu hoffen, dass dem Aufruf möglichst keine Taten folgen oder diese durch Sicherheitskräfte verhindert werden.

Als Reaktion beauftragt die israelische Regierung die israelische Armee den Gaza-Streifen aus der Luft zu bombardieren. Auch dort leben viele Zivilisten, die seit 2007 nicht mehr entscheiden konnten, ob sie weiter unter der Hamas oder mit einer anderen Regierung leben möchten. Die Menschen im Gaza-Streifen sitzen fest. Eine Flucht aus dem Gebiet ist seit Jahren faktisch nicht möglich, auch wenn es für viele eine Möglichkeit zur Arbeit in Israel gab. Diese unbewaffneten Menschen sind nun durch die Luftangriffe und die Abriegelung des Gebietes und eine mögliche Bodenoffensive gefährdet. Ganz aktuell gibt es ein 24-Stunden-Ultimatum der israelischen Regierung zur Flucht nach Süden. Die Evakuierung aller Zivilisten ist in so kurzer Zeit logistisch nicht möglich und es ist völlig unsicher, ob es überhaupt Fluchtkorridore geben wird. Ich kann nachvollziehen, dass die israelische Notstandsregierung weitere Angriffe auf das israelische Gebiet durch die Hamas mit militärischen Mitteln zu unterbinden versucht. Dabei sollten sie das Völkerrecht achten und Zivilisten schonen. Der Aufruf zur Flucht nach Süden zeigt, dass sie dabei versuchen, zivile Opfer zu vermindern. Das kann aber nicht in 24 Stunden gelingen, zumal die Hamas versucht ihre eigene Bevölkerung dazu zu zwingen im Norden zu bleiben. Wie die Hamas schon zivile Geiseln aus Israel an Stellen gefangen gehalten hat, um die Bombardierung von Lagern und Kommandostellen zu unterbinden, versucht sie nun ihre eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschild zu benutzen. Die israelische Regierung sollte sich trotzdem auf die Entwaffnung der Hamas konzentrieren und nicht blinde Rache üben. Lebensmittel, Medikamente und Verbandsmaterial sollten weiter durchgelassen werden.

Der jetzt wieder aufgeflamte Palästina-Konflikt wirkt auch bis in unsere Gesellschaft. Es gibt Begeisterungsbekundungen für die Terrortaten der Hamas auch in Deutschland. Wir müssen uns alle bemühen diesen zu widersprechen und sie rechtsstaatlich verfolgen zu lassen. Die Synagoge wurde 1938 in Iserlohn von den Nazis angezündet und in unserer Stadt gibt es keine jüdische Gemeinschaft, die wir unterstützen können. Wir müssen uns aber Alltag gegen fahrlässigen oder bewussten Antisemitismus stellen. „Du Jude“ darf kein Schimpfwort unter Jugendlichen sein. Dafür habe ich mich immer als Lehrer eingesetzt. In den Schulen wird es im Zusammenhang mit diesem Konflikt oder Krieg viel Grund für Aufklärungs- und Versöhnungsarbeit geben. Dazu möchte ich alle LehrerInnen ermuntern.

Uns alle möchte ich aufrufen, jedem geäußerten Hass auf Juden zu widersprechen. Wer Israel das Existenzrecht abspricht, begeht eine Straftat.

Das bedeutet jedoch nicht, dass jede Aktivität der israelischen Regierung begrüßt werden muss.

Die Waffen müssen schnell wieder schweigen und die schwierige Versöhnungsarbeit mit allen gutwilligen Israelis und Palästinensern muss unterstützt werden.

Die Menschen brauchen Frieden und ein gutes Leben in ganz Palästina.

Detlev Paul